

Beschäftigung, Familie und
Gemeinwesenaktivitäten:
Ein Ausgleich der Chancen für Frauen
und Männer

Nationale Studie Deutschland
Zusammenfassung

K. Birkhölzer, G. Lorenz, Technische Universität Berlin

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine selbständige Einrichtung der Europäischen Union. Sie wurde geschaffen, um die Formulierung der künftigen Arbeits- und Sozialpolitik zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Stiftung unter <http://www.eurofound.ie>.

Dieser Bericht ist nur in elektronischer Form erhältlich und wurde nicht der sonst üblichen redaktionellen Bearbeitung durch die Stiftung unterzogen.



EUROPÄISCHE STIFTUNG

zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Das Projekt untersuchte die Arbeit in haushaltsnahen Dienstleistungen und den Einfluß verschiedener Politikmaßnahmen hierauf in der Bundesrepublik. Es befaßt sich mit denjenigen Personengruppen, welche in diesem Bereich arbeiten, mit dem Charakter und der Qualität ihrer Arbeit, den Arbeitsbedingungen und den Qualifikationen der Beschäftigten sowie der Erfassung von Unterschieden in den Arbeitsbedingungen, den Erfahrungen von Frauen und Männern in diesem Bereich sowie dem Beschäftigungsstatus und ihren Aufstiegsmöglichkeiten. Ferner konzentriert sich dieses Projekt auf die Identifizierung von politischen und betrieblichen Maßnahmen, welche die Beschäftigten befähigen, ihre familiären Verantwortlichkeiten besser aufzuteilen oder im gemeinwesenbezogenen Bereich tätig zu sein. Anhand von lokalen Studien in Berlin und Befragungen von ExpertInnen und Beschäftigten wurden diese Fragen untersucht.

Hausarbeit wird zunehmend als Möglichkeit gesehen, neue Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen und mehr Chancengleichheit in der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen herzustellen. Tatsächlich findet vor allem eine neue Arbeitsteilung zwischen Frauen statt, in der Verrichtung häuslicher Tätigkeiten durch Haushaltshilfen etc. In diesem Kontext wird immer wieder auf die Notwendigkeit öffentlicher Subventionen hingewiesen. Andererseits werden angesichts der derzeitigen Förderungspolitik Befürchtungen geäußert, daß dieses sich im Niedriglohnsektor befindende Arbeitsmarktsegment zementiert werden könnte.

Während also einerseits neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose im Sektor der haushaltsnahen Dienstleistungen gesehen werden, besteht andererseits die Gefahr, daß sich dieser vorwiegend frauentypische Bereich mit niedrigen Löhnen und prekären Arbeitsverhältnissen nicht nur auf die Beschäftigten dort, sondern auch auf andere Branchen negativ auswirken könnte.

Die Beschäftigungstendenz im primären und sekundären Sektor ist weiterhin trotz steigenden Anteils an der Erwerbstätigkeit rückläufig. Die neuen Beschäftigungspotentiale für Frauen liegen im produktionsnahen und konsumtiven Dienstleistungsbereich, damit aber auch in den Bereichen von Kurzzeit-, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung.

Unsere Untersuchungen beschränken sich auf haushaltsnahe Dienstleistungen in den Bereichen Betreuung von Alten und Kindern, *Catering* und fahrbare Mittagstische sowie auf Reinigungs-, kleine Reparatur- und Gartenarbeiten.

Im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen ist die Datenlage in Deutschland außerordentlich schlecht. Weder gibt es eine spezifische Erfassung haushaltsnaher oder personenbezogener Dienste, noch sind offizielle Daten auf lokaler Ebene vorhanden, die verlässliche Aussagen zulassen. Allerdings sind Trends erkennbar, die durch unsere Befragungen bestätigt wurden.

Die Bundesrepublik zeichnet sich durch einen vergleichsweise niedrigen Anteil des Dienstleistungsbereichs im Verhältnis zum sekundären Sektor aus. Nach neueren Schätzungen sind ca. 7 Millionen Menschen im Bereich **personenbezogener** Dienstleistungen beschäftigt; davon sind ca. 75% weibliche Arbeitskräfte. Hier wird ein Beschäftigungszuwachs von rd. 200.000 erwartet. Im Bereich **haushaltsnaher** Dienste werden ca. 4 Millionen Beschäftigte geschätzt, davon allein 2 Millionen im Bereich der Schwarzarbeit.

In den Jahren 1961-1987 betrug der Beschäftigungszuwachs im Bereich der Wäsche und Reinigung um 5-8%, in der Gastronomie 47% und in der Kinderbetreuung um 204%. Im Seniorenbereich wurden aufgrund der Einführung des Pflegegesetzes mehrere Zehntausende Arbeitsplätze geschaffen.

Junge Frauen richten immer weniger ihr Leben auf eine Rolle, beschränkt auf Partnerschaft und Familie, aus: Die meisten jungen Frauen sehen inzwischen Ausbildung und Arbeit als die gesellschaftlich anerkanntesten Lebensinhalte an. Das schlechte Image der haushaltsnahen Berufe kontrastiert mit diesen neuen Lebensstilen. Eine Verbesserung der Arbeitsinhalte, die Professionalisierung der Arbeit und eine allgemeine Aufwertung dieser Tätigkeiten und Berufsbilder wäre erforderlich, sollen die haushaltsnahen Dienste auch für junge Menschen attraktiv bleiben.

Zu den wichtigsten politischen Maßnahmen in diesem Bereich auf nationaler Ebene rechnen die beschäftigungspolitischen und antidiskriminatorischen Maßnahmen. Dienstleistungszentren und -agenturen tragen ebenfalls zur Ausdehnung diesen Bereichs bei. Die Einführung des Haushaltsschecks erwies sich als Mißerfolg, und die nachfragesteigernde Einführung von Dienstleistungsgutscheinen wird auf sich warten lassen, so daß hier vorläufig keine nennenswerten Einflüsse zu erwarten sind.

Der Stadtstaat Berlin verfügt sowohl über eigene politische wie rechtliche Instrumente, um von sich aus diesen Bereich zu beeinflussen. In der Studie wird sowohl ein Vergleich des Ost- und des Westteils als auch zweier Bezirke unternommen: Friedrichshain und Wedding. Es werden dokumentiert die Beschäftigungsstrukturen an den jeweiligen Orten, Traditionen der Frauenbeschäftigung, die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere von Männern, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und die Zusammensetzung der Haushalte. Neben oft gegensätzlichen Merkmalen unterscheiden sich die ökonomischen und sozialen Probleme der beiden Bezirke quantitativ nur unwesentlich. Die Dienstleistungsstrukturen im privaten und frei-gemeinnützigen Sektor ähneln sich auffallend; im öffentlichen Sektor klaffen sie auseinander.

Bei einem niedrigen Dienstleistungsanteil in der Stadt hat dieser seit Anfang der 90er Jahre um 7% zugenommen. In Bezug auf die Beschäftigungsprognosen für Berliner Frauen zum Jahr 2.000 wird konstatiert:

- das Ansteigen des Arbeitskräftebedarfs der privaten und frei-gemeinnützigen Organisationen;
- die Abnahme der Beschäftigung in den anderen Sektoren und damit keine nennenswerten Unterschiede in der Erwerbsquote von Frauen seit 1993.

Während der öffentliche Sektor im Bereich der Kinder- und Seniorenbetreuung erhebliche Einsparungen vornimmt, sind die Arbeitsplätze bei den frei-gemeinnützigen Trägern, vor allem im ambulanten Bereich, nicht zurückgegangen. Im privaten Sektor herrscht der spezialisierte Einzelanbieter vor; hier ist die ökonomische Lage der Kleinunternehmen in einzelnen Segmenten (z.B. in den Sozialstationen) prekär. Einzelne innovative Projekte wie z.B. die Pilotaktion BERLIN SERVICE bewirken auf Betriebs- und lokaler Ebene mehr positive Effekte als die bundesweiten Gesetzgebungen in diesem Bereich. Im Rahmen dieser Initiative sind immerhin mehr als 60 Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten worden, und ein bundesweites Netz der Dienstleistungspools ist etabliert. Die Bundespolitik hat nach Einschätzung der Experten und Betroffenen entweder kaum oder eher negative Auswirkungen

auf diesen Bereich (Stichworte: "630-Mark-" und "Scheinselbständigen-Gesetz"). Derzeit sind lokale Bündnisse oder Partnerschaften im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen noch unüblich. Ausnahmen hiervon bilden die neu eingerichteten Partnerschaften in den Bezirken Friedrichshain, Neukölln, Prenzlauer Berg und Wedding, die sich in diesem und im gemeinwesenbezogenen Bereich engagieren.

Bundesweit wird bei entsprechender Förderung in dem Gutachten "Dienstleistung als Chance" eine direkte Steigerung der Beschäftigung von 500.000 Arbeitsplätzen im Bereich für die nächsten 10 Jahre erwartet. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krisensituation in der Stadt Berlin weckt dies berechnete Hoffnungen, doch sind hier Zweifel angebracht, daß diese auch erfüllt werden. Außerdem scheint sich die Wirtschaftspolitik des Senats auf die produktionsnahen Dienstleistungen zu konzentrieren, obwohl der Arbeitssenat immerhin haushaltsnahe Frauenarbeit und deren Profilierung fördert.

Entsprechend der Vielfalt der Tätigkeiten im haushaltsnahen Bereich ist die Varietät der Arbeitgeber hoch. Dies gilt auch für die ArbeitnehmerInnen, die z.T. hohe Kompetenzen aufweisen müssen. Der Bereich birgt neue Arbeitsplätze sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht. Eine Subventionierung der Marktpreise könnte eine Vervielfachung der Beschäftigung schaffen, und die Entwicklung hin zu multifunktionalen Verbunddienst- und sozial-kommunikative Leistungen schafft Innovationen, die sich sowohl auf die Beschäftigungssituation als auch auf den Ausgleich der Hausarbeit positiv auswirken.

Es handelt sich um körperlich, teils auch mental anstrengende und nicht besonders gut, teils schlecht, bezahlte Arbeit, die nach wie vor (zu 90%) von Frauen ausgeübt wird. Die Beschäftigungsbedingungen variieren jedoch je nach Zugehörigkeit zum jeweiligen ökonomischen Sektor oder Arbeitsmarktsegment. Um eine Verbesserung der Situation schaffen zu können, ist nicht mehr so sehr eine Nachfragesteigerung erforderlich, sondern es muß eine Qualitätsoffensive bzw. eine Qualitätsverbesserung in diesem Bereich eingeleitet werden. Im betrieblichen Bereich bedeutet das die Bewältigung der Akquisitions-, der Flexibilitäts-, der Mobilitäts- und nicht zuletzt der Schwarzarbeiterproblematik. Eine nicht zu unterschätzende Barriere in der Möglichkeit, die haushaltsnahen Tätigkeiten auszudehnen und aufzuwerten, liegt in einer Neuordnung der Qualifizierung in diesem Bereich.

Zur Chancengerechtigkeit tragen das Recht auf einen Kindergartenplatz, die Einrichtung von Gleichstellungsinstitutionen vor allem im öffentlichen Dienst und das verbesserte Einbürgerungsgesetz bei. Dennoch ist zur Erreichung der Chancengleichheit sowohl für die Frauen als auch Ausländer noch viel zu tun.

Die Integration von Frauen und Ausländern in den Arbeitsmarkt ist zum einen von der Subventionierung dieses Beschäftigungssektors abhängig. Eine Ausweitung dieses Bereichs durch diskretionäre Steuererleichterungen würde direkt positiv auf die Nachfrage nach Arbeit wirken. Spezifische Arbeitsfördermaßnahmen, ähnlich wie im Fall der Dienstleistungspools in Berlin, steigern bzw. stabilisieren unmittelbar das Beschäftigungsvolumen. Eher als das Haushaltsscheck-Modell würde die Ausstellung von Dienstleistungsgutscheinen zu einer Vergrößerung der Nachfrage nach haushaltsnahen Diensten führen.

Von sozialen Unternehmen könnten mehr als bisher Bewohner im Stadtteil, insbesondere nichtdeutscher Herkunft, integriert werden. Nur bei einer Steigerung der Nachfrage nach haushaltsnahen Diensten und einer gleichzeitigen Erhöhung und Diversifizierung des Angebots wird eine Ausweitung dieses Bereichs hergestellt und die Chancengerechtigkeit

gegenüber Männern und Deutschen insgesamt verbessert. Da gleichzeitig in diesem Bereich Hausarbeit vergesellschaftet wird, ergibt sich eine Erleichterung der Doppelbelastung von Frauen in Haushalten. Damit ist allerdings nicht notwendigerweise eine verstärkte Einbeziehung der Männer in die - unbezahlte und bezahlte - Hausarbeit verbunden.

EF/00/109/DE